

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Grauhmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich 1,50 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Illies.  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Rücktritt des Admirals Freiherrn von der Goltz.

Wie die „Nat.-Ztg.“ erzählt, hat der Kaiser ein von dem kommandierenden Admiral Freiherrn von der Goltz eingereichtes Entlassungsgesuch gestern genehmigt. Herr von der Goltz war bekanntlich vor einiger Zeit lebensgefährlich an Influenza und Lungenerkrankung erkrankt; er hat sich bedauerlicher Weise davon nicht so vollständig erholt, daß er das Kommando der Marine wieder hätte übernehmen können. Nach der Trennung des Admirals von der Goltz von der Marineverwaltung war Herr von der Goltz der erste Kommandant; die Verdienste, die er sich als solcher um die Ausbildung der Flotte erworben hat, sind vom Kaiser nach den vorliegenden Mängeln öffentlich rühmend anerkannt worden.

Admiral Freiherr von der Goltz ist am 19. April 1838 geboren, trat 1853 als Kadett in die Marine ein, machte seine erste Fahrt auf der „Gefion“ nach dem Mittelmeer, war dann auf der Fregatte „Theis“ in Ostindien und Brasilien, wurde 1861 zum Lieutenant zur See befördert, bestand 1862—1865 auf der „Gazelle“ in Ostasien, ward darauf zum Kapitänlieutenant und 1870 zum Korvettenkapitän befördert. Nachdem er mehrere Jahre im Marineministerium und als Delegierter in der neu gebildeten Admiralität tätig gewesen war, befehligte er 1874—76 die „Augusta“ auf einer Reise nach Südamerika und, zum Kapitän befördert, 1876—77 das Panzerschiff „Kaiser“ auf den Uebungsreisen im Ostseemerc. 1878—1881 war er Oberbefehlshaber in Kiel, befehligte 1882—1883 das Uebungsschiff „Mittelmeer“, ward 1883 Konteradmiral und Befehlshaber des Geschwaders in Ostasien und darauf Direktor des Marine-Departements in der Admiralität. Nachdem er dieses Amt fünf Jahre verwaltet hatte, wurde er 1888 zum Vizeadmiral und Stationschef der Nordsee in Wilhelmshafen, und am 27. Januar 1889 zum kommandierenden Admiral ernannt. Seit seiner schweren Erkrankung wurde Admiral von der Goltz durch den Admiral Knorr, den bisherigen Chef der Marineleitung der Ostsee, vertreten, welcher der nächstfolgende Marine-Offizier ist. Admiral von der Goltz, eine richtige Seemannsfigur mit dem gebührenden Gesicht und dem besten Willen, war eine in Berlin sehr beliebte Persönlichkeit gewesen, die sich durch große Lebenswürdigkeit und feste Selbstbeherrschung auszeichnete; namentlich für ehemalige Angehörige der Marine hatte er stets eine offene Hand.

### Nichtliche Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen.

Die General-Versammlung des Wahlvereins der Liberalen (freiwirtschaftliche Vereinigung), welche am Sonnabend und Sonntag zu Berlin abgehalten wurde, hat folgende Resolutionen angenommen.

In Betreff der allgemeinen politischen Lage:

„Gegenüber den reaktionären Versuchen, die öffentliche Kritik einzusperren, welche nicht bloß in der Umsturzvorlage zu Tage treten, erhoffen wir gerade aus der Steigerung der Aufregung des ganzen Volkes an den geistigen Bewegungen der Zeit eine gesündere Entwicklung unserer politischen Verhältnisse. Wir halten deshalb alle Bestrebungen für verwerflich, die darauf abzielen, durch weitere Einschränkung der Pressefreiheit sowie des Vereins- und Versammlungsrechts, oder durch eine Verhinderung des Reichstagswahlrechts den gesetzlichen Ausdruck der öffentlichen Meinung zurückzudrängen. Für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung gibt es kein wirksameres Mittel als frische Gerechtigkeit bei der Handhabung staatlicher Gewalt auf dem Gebiete der Gesetzgebung wie der Verwaltung. Diese staatsbürgerliche Rechtsgleichheit wird auf das schärfste in Mitleidenschaft gezogen, wenn die schärfste Inmischung in den gesetzgebenden Versuchen, einzelnen Erwerbszweigen auf Kosten der Allgemeinheit und vornehmlich der kleineren Bevölkerung Vorteile durch künstliche Preissteigerungen und künstliche Subventionen zu verschaffen. Wir hoffen, daß bei der Vertiefung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der Grundrechte wichtiger staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit sich alle aufrechten Liberalen immer enger im Kampfe gegen die Reaktion zusammenschließen werden.“

In Bezug auf die landwirtschaftliche Frage:

„Die Generalversammlung wolle erklären: die Landwirtschaft ist in Überwindung der Schwierigkeiten, mit welchen sie zu kämpfen hat, wirksam zu unterstützen durch 1. Erleichterung der Kreditbeschaffung für den bäuerlichen Verkehr; 2. Verbesserung des landlichen Volkswirtschaftens, insbesondere auch durch Erweiterung des landwirtschaftlichen Fachunterrichts; 3. Vermehrung der Verkehrsmittel, Verbilligung der Tarife für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsartikel; 4. Förderung von Meliorationen, insbesondere bezüglich Regelung und Verwertung der Wasserläufe; 5. Schaffung leistungsfähiger Gemeinden und Verbände, kräftige landliche Selbstverwaltung, Aufhebung aller Vorrechte und Steuerbegünstigungen; 6. Vertiefung der in den einzelnen Staaten bestehenden gesetzlichen und Verwaltungshindernisse, welche der freien Teilbarkeit des Grundbesitzes und Bodens entgegenstehen, Aufhebung der Fideikommiss- und Vererbungsgesetze, geeigneter Staatsdomänen zur Anlage ländlicher Siedlungen, sowie endlich 7. durch Förderung der inneren Kolonisation bewerkstelligung der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, welches Ziel nur erreichbar ist, wenn das Privatkapital unter sachverständiger Leitung im Wettbewerb mit den staatlichen Organisationen dazu mitwirkt. Daneben muß die Landwirtschaft in besserer Anpassung an die veränderten Verhältnisse und eifriger Ausnutzung der zur Hebung der Bodenkultur und zur Veredelung der Tierproduktion sich darbietenden Hilfsmittel, wie auch durch fernere Ausbildung des Volkswirtschaftens die eigenen Kräfte zur Überwindung der Schwierigkeiten einlegen.“

In Betreff der Währungsfrage:

„Die Generalversammlung erklärt: Deutschlands wohlverstandenes Interesse verbietet nicht nur jedes Mittel an dessen eigener Goldwährung, sondern auch die Forderung von neuen, bereits genaugen als unbrauchbar erwiesenen Versuchen mit internationalen Konferenzen, die nur zur Folge haben können, den Geldumlauf ganz mangelhafter

Währungszustände anderer Länder aufzuhalten und andererseits schädlich auf Deutschlands Wirtschaftslieben zurückzuwirken.“

Der Verein der Liberalen für den Norden

berlin hatte folgenden Antrag gestellt: „Der Wahlverein der Liberalen erblickt in der Gewährung eines auf freiwirtschaftlichen Grundsätzen beruhenden, allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig zu Theil werdenden Vereinigungsrechts einen wichtigen Schritt zum Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze und erwartet von der Einführung staatlich anerkannter und mit gesetzlichen Befugnissen ausgestatteter Berufsorganisationen eine wesentliche Verbesserung der Lage des gesamten Arbeiterstandes auf dem Wege der Selbsthilfe.“

Der Antrag wurde einer Kommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Ueber die Handwerkerfrage entspann sich eine längere Debatte, die mit der Annahme einer längeren Resolution endigte, in der es u. A. heißt:

„Der Kampf zu den bedrohten Handwerken darf nicht durch Erregung unerfüllbarer Forderungen oder gar Främen verwehrt werden. Viele Gewerbezweige bieten aber noch Raum für den Kleinbetrieb neben dem Großbetrieb. Die Gewerbezweige, die ihrer Natur nach wesentlich auf Handarbeit angewiesen sind, wie der größere Teil des Baugewerbes, werden dauernd erhalten bleiben. Neben der Hilfsarbeit für das Großgewerbe und der Reparatur bleibt dem Kleingewerbe ein großer Platz für bessere, industriellen Bedürfnissen angepaßte Arbeit. Dafür und für die Möglichkeit des Aufstieges vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb bedarf der Handwerker einer tüchtigen Vorbildung und Ausbildung in allgemeiner technischer und kaufmännischer Beziehung. Diese ist ihm zu geben durch Fortbildungsschulen, Fachschulen, Vorkurskurse, Meisterkurse u. s. w. In so weit diese Aufgabe nicht in genügender Weise aus den Kreisen des Gewerbes heraus erfüllt wird, haben Staat und Gemeinde die Verpflichtung, unter Gewährung ausreichender Mittel diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Die praktische Ausbildung im Handwerk ist so zu gestalten, daß sie freigegeben wird von Dingen, welche die Ausbildung nicht fördern und daß sie in möglichst kurzer Zeit den Lehrling erwerbsfähig macht. Befähigungsnachweis und Zwangsinnung und die Abschöpfung vom Großgewerbe erschweren dem Kleingewerbe nur seine Stellung gegenüber diesem und hemmen seine Entwicklung. Eine Klärung der Verhältnisse der einzelnen Handwerke durch die Berufsstatistik, durch unparteiische Enqueten und durch fortwährende arbeitsstatistische Ermittlungen ist sowohl im Interesse des Handwerks, als auch als Vorbereitung für jedes staatliche Eingreifen in die Verhältnisse des Handwerks erforderlich.“

Betreffs der Schulfürsorge gelangte eine längere Resolution zur Annahme, in der es u. A. heißt:

„Die Volkserziehung ist eine der wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten, der auch der Staat besondere Fürsorge und ausreichende Mittel zuwenden hat. Der Staat hat seine Einwirkung auf die Schule nach fest geordneten gesetzlichen Grundzügen in voller Selbstständigkeit zu vollziehen. Die Einwirkung der Kirche hat über das Gebiet des Religionsunterrichts nicht hinauszuweisen. Den Gemeinden ist durch Gesetz für die von ihnen unterhaltenen Schulen eine ausreichende Beteiligung an der Verwaltung und Leitung, sowie das Recht der Lehrervorschläge zuweisen. Die staatliche Schulaufsicht ist durch Sachverständige auszubilden. Das gesamte öffentliche Bildungswesen ist so zu ordnen, daß es auch eine Einheit in den Verhältnissen des öffentlichen Lebens gewährt. Die Volksschule bildet in ihren Unterjahren die gemeinsame Grundlage aller öffentlichen Unterrichtsanstalten, unbeschadet der Freiheit des Privatunterrichts. Neben der Volksschule dürfen künftig auf Kosten des Staates oder der Gemeinden Klassen für den Elementarunterricht weder selbstständig, noch in Verbindung mit anderen Lehranstalten eingerichtet werden. Die Vorbildung der Lehrer für das der pädagogischen Fachbildung vorzubehaltende Seminar hat zunächst auf den allgemeinen Lehrplan zu erfolgen. In den Schulvorständen und Schuldeputationen sollen Mitglieder des Volksschullehrerstandes Sitz und Stimme haben. Die Befolgungsverhältnisse der Lehrer sind so zu ordnen, daß diesen eine der Wichtigkeit und Würde ihres Berufs angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird. Eine wesentliche Verbesserung der Lehrerbildung durch Erhöhung der unzulänglichen Mindestgehälter und durch entsprechende Steigerung der Alterszulagen ist anzustreben. An die Volksschule sind anzuschließen: Fortbildungsschulen, deren wesentliche Aufgabe neben der Fortbildung und Vertiefung der Volksschulbildung die Vermittlung der für das praktische Leben erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten und die Einführung in die Gesetze des Staates und die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens ist.“

### Deutschland.

Berlin, 14. Mai. Der Entwurf eines Zuckersteuergesetzes ist ferner dem Reichstag zugegangen. Nach § 68 des Zuckersteuergesetzes vom 31. Mai 1891 betragen die Zuschläge für ausgeführten Zucker bis Ende Juli 1896 in der Klasse a 1,25 Mark, in der Klasse b 2 Mark, in der Klasse c 1,65 Mark für 100 Kilogramm. Diese Zuschläge sollen vom 1. August 1895 ab auf 1 Mark, 1,75 Mark und 1,40 Mark ermäßigt werden und mit dem 31. Juli 1897 überhaupt fortfallen. Wie die amtliche „Berl. Kor.“ schreibt, sollen mit Rücksicht auf die unumgängliche Notlage, in der sich die Zuckerindustrie und mit ihr die Landwirtschaft in Folge der in den letzten Jahren ständig herabgesetzten Zuckerpriese, auf deren Hebung in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden ist, befindet, nunmehr nach dem Entwurf für den Fall, daß weitergehende Veränderungen des Zuckersteuergesetzes sich vor dem 1. August dieses Jahres nicht ermöglichen lassen, einstweilen die Zuschläge in ihrer jetzigen Höhe aufrecht erhalten werden.

Wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet, wurden der Reichslizenzler Fürst Hohenhausen, der Minister des Innern von Koller und der Finanzminister Dr. Wiquel, nachdem sie am Sonntag vom Kaiser zum Vortrag empfangen worden waren, auch mit einer Einladung zur Frühstücksfeier beehrt.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Zolltarifs, in dem vom Reichstag beschlossenen

Fassung, ferner den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes, wegen Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1895—96, sowie wegen Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltssetat für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1895—96 den Ansuchen gemäße Zustimmung erteilt. Den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden eine Vorlage, betr. die Einrichtung einer Seepolizei für ausländisches Vieh, und die Beschlässe des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen zu dem Entwurf eines elsass-lothringischen Gesetzes, betr. die Gebäudesteuer, sowie zu der allgemeinen Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1890—91 und der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1893—94. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

— Von Seiten eines französischen Friedensvereins ist an alle Schwestervereine das Ersuchen gegangen, in Zukunft die allgemeinen, mehr oder weniger planlosen Friedensbestrebungen aufzugeben und sich dafür mit aller Kraft der Befestigung des wesentlichen Friedenshindernisses, mit anderen Worten der Lösung der sogenannten elsass-lothringischen Frage zu widmen. In dem Blatte „La Paix par le droit“ finden wir die Antworten veröffentlicht, welche auf jenes Ersuchen eingegangen sind. Die meisten, unter anderen auch die Antwort der Baronin v. Suttner, lauten dahin, daß es der Aufrechterhaltung des Friedens und der Verbreitung friedfertiger Gesinnung unter den Völkern am dienlichsten ist, wenn man die brennenden Streitfragen möglichst unberührt lasse. Einige Friedensgesellschaften geben der Meinung Ausdruck, daß Elsaß-Lothringen neutralisiert werden müsse. Herr Franz Wirth, der Vorsitzende des Friedensvereins zu Frankfurt a. M., erklärt hingegen, daß er nicht glaube, daß eine elsass-lothringische Frage nicht gebe, und daß niemand in Deutschland erlaube, daran denke, an der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum deutschen Reich irgend etwas zu ändern. Herr Wirth antwortete hoffentlich im Namen aller deutschen Friedensvereine.

— Nach der kürzlich von Dr. v. Wolfowitsch-Biedau bearbeiteten Statistik der Jugendpfeile an den höheren Lehranstalten Deutschlands, in welche die Präparandenanstalten und Vorkursseminare eingegriffen sind, bestanden im Jahre 1894 an den 1629 derartigen Anstalten, von denen 1455 Berichte vorliegen, 315 organisierte Vereinigungen der Schüler, welche die Förderung der Lebensbildung zum Zwecke hatten. Diese Vereinigungen enthielten auf 252 Lehranstalten bzw. 184 Schulorte. Von ihnen betrieben 188 Turnen und Spiel im Besonderen mit mehr oder weniger bedeutendem Vorwies des einen oder anderen. Von den Spielen gab in erster Linie der Fußball Anlaß zur Gründung eines Vereins, und es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich an den höheren Schulen Deutschlands 78 solcher Vereine gebildet haben. Acht Vereine pflegen weitere Arten des Sports. Von den anderen organisierten Vereinen beschäftigen sich 2 mit Cricket, 2 mit Fußball und Cricket, 1 mit Radfahren, 3 mit Kanusport, 1 mit Schach und 1 mit einem auf sein Programm geschriebenen, einander die Leitung des Vorleses, 2 allgemeine Sportübungen und 3 Vereine üben Judo. Außerdem werden genannt ein Feuerwerk- und 2 Jugendvereine, 2 Schwimm- und 2 Rudervereine, sowie einer, der die beiden letztgenannten gymnastischen Übungen pflegt. So ergibt sich, daß das so lange vernachlässigte Bewegungsspiel zusammen mit der körperlichen Übung sich rasch eine bedeutende Stellung auf den höheren Lehranstalten Deutschlands erworben hat und die besonderen Neigungen der Schüler zu festem Verstand hat. Das Vornehme des Interesses für frische Bewegung und Arbeit im Spiel in freier Luft nur von den jugendreichsten Folgen für das gesamte Schulleben begleitet sein kann, liegt auf der Hand, denn durch nichts wird, abgesehen von den weiteren wohltätigen Einwirkungen, besser der Bildung von Vereinigungen der Schüler zu ihnen schädlichen Zwecken vorgebeugt. Es finden daher diese Vereinigungen von Seiten der Unterrichtsverwaltungen die warmste Unterstützung.

Köln, 13. Mai. Bei der Reichstagswahlwahl fielen auf den Zentrumskandidaten, den bisherigen Inhaber des Mandats, Langenichters Reich 10352, auf den Nationalliberalen Wirtgen 3887, auf den Sozialdemokraten Dr. Vagena 7365, auf Professor Wirth 350 und auf den Kandidaten von Warendorf 389 Stimmen. Es ist somit eine Stichwahl zwischen dem Zentrumsmann Reich und dem Sozialdemokraten Dr. Vagena erforderlich.

Friedrichshagen, 14. Mai. Fürst Bismarck empfing heute etwa hundert Damen aus Schlesien, als deren Sprecherin Frau von Hoenicka-Hobersberg herliche Begrüßungsworte an den Fürsten richtete; Frau v. H. Goldbusch-Kimpsch brachte dem Fürsten einen poetischen Gruß dar. Fürst Bismarck, der sich in bester Stimmung befand, sprach zunächst seinen Dank für den ihm gesendeten Leppich, Schrein, die Adresse und die geplante Bismarckstiftung aus. Sodann äußerte der Fürst, Schlesien habe sich stets durch seine patriotische Gesinnung ausgezeichnet. Wenn die Damen für eine Sache gewonnen seien, wäre ihm nicht bange für die Männer; wenn erst die Wahlen mehr unter weiblichem Einflusse stünden, würden sie nationaler und besser ausfallen. Der Fürst schloß mit einem Hoch auf die deutschen Frauen, um sodann unter die Damen heruntersitzend, welche ihm Blumensträuße überreichten. Einige der Damen wurden zur Frühstückstafel gezogen.

Dresden, 12. Mai. Der nationalliberale Verein für das Königreich Sachsen hielt heute unter Vorherrschaft von Dr. Gensel-Leipzig seine diesjährige Hauptversammlung ab, zu der sich auch die Reichstagsabgeordneten Dr. von Marquardt, Müller-Dortmund, Dr. Böhmke-Annaberg und Federlen-Flensburg eingeladen hatten. Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist seit 1890 um 60 Prozent gewachsen; 17 neue Lokalvereine sind entstanden. Abg. Dr. Böhmke gab einen Rückblick auf die Umsturzvorlage. Abg. Müller sprach über die Arbeiterbewegung.

Brüssel, 13. Mai. Der große Stimmenzuwachs des sozialistischen Kandidaten Velen bei der gestrigen Kammerwahl in Thun ruft erste Befürchtungen in leitenden Kreisen hervor. Man rechnet bereits mit der Möglichkeit einer sozialistischen Mehrheit im nächsten Parlament.

Die Bewegung gegen die Schutzölle nimmt einen großen Umfang an; in allen größeren Städten finden Entschuldigungsversammlungen statt. Die sozialistische Kammergruppe meldet eine Anfrage an wegen der Ausweisung des Pariser Abgeordneten Defante, der in Lüttich eine Rede gehalten wollte.

### Frankreich.

Paris, 10. Mai. Rumeeb sind die Schiffe, die das zur Gründung des Nordostsekanals nach Kiel beorderte Geschwader bilden werden, amtlich bekannt gegeben. Drei sollen die Ehre haben, die französische Flotte in den deutschen Gewässern zu zeigen. Es wäre möglich, wie einige Blätter behaupten, daß nachträglich noch diese Zahl auf vier erhöht würde, wahrscheinlich durch einen Aviso; der Marineminister wolle jedoch noch hierüber eine weitere Bestimmung sich vorbehalten und zusehen, ob Rußland ebenfalls von seiner Seite sein Geschwader verstärke. Es ist nämlich bekannt, daß zwischen diesen beiden Mächten vorher Vereinbarungen getroffen worden sind über die Stärke ihrer Geschwader. In erster Linie ist das Schlachtschiff „Hoch“ zu nennen, das die Flotte des Kontre-Admirals Menard führen wird. Seine Ausrüstung wird am 20. Mai beginnen. „Hoch“ wird von dem Schiffskapitän Foret befehligt werden. Das Schiff wurde 1886 vom Stapel gelassen, hat eine Länge von 106 m, eine Breite von 20 m, eine Wasserverdrängung von 10 650 Tonnen und 11 300 indizierte Pferdekraft; seine Geschwindigkeit beträgt 16,2 Seemeilen. Seine Bewaffnung, die einzige dieser Art in der französischen Marine, besteht aus zwei Geschützen von 34 cm, zwei von 27, 18 von 14 cm, 8 Schnellfeuergeschützen und 12 Revolvergeschützen. Die Besatzung zählt 25 Offiziere, 660 Mann. Als zweites Schiff kommt der Panzer „Duguay de la Vierge“ unter dem Befehle des Schiffskapitäns Hugot. Es lief im Jahre 1890 vom Stapel, hat eine Länge von 114 m, 15,7 m Breite, 6300 Tonnen Wasserverdrängung, führt 11 Geschütze von 19 cm, 6 von 16 cm und 8 Schnellfeuergeschütze von 6,5 und 4,7 mm sowie 8 Revolverkanonen. Seine Besatzung beträgt 20 Offiziere, 515 Mann. Das dritte Schiff ist der „Surcouf“, Kreuzer 3. Klasse, der 1889 vom Stapel ging, eine Länge von 95 m, eine Breite von 9,3 m, 1850 Tonnen Wasserverdrängung und 6000 Pferdekraft hat, mit einer Geschwindigkeit von 19,5 Seemeilen, führt 4 Schnellfeuergeschütze von 14 cm und drei kleineren Kanonen. Die Besatzung ist 12 Offiziere, 209 Mann stark unter dem Befehle des Fregattenkapitäns Höffel. Die mit dem „Duguay de la Vierge“ nach Ostindien seiner Maschinen (3500 Pferdekraft) und nach seiner vollständigen Ausrüstung gemachten Versuche sollen höchst zufriedenstellend gewesen und eine Geschwindigkeit von 20 Seemeilen ergeben haben.

### Spanien und Portugal.

In einem ganz eigenartigen Lichte läßt die englische Politik in Marokko der Umsturzvorlage erscheinen, daß während Londoner Blätter gelegentlich mit großer Empörung das Umstürzgeheiß anarchoide Zustände in jenem Lande rufen und noch letzten ihre tiefe sittliche Entrüstung wegen der Ausplünderung eines holländischen Kaufmanns nach obligater Ermordung des Kapitäns durch Piraten ausbrachten, der englische Waffenstillstand nach Marokko mehr als jemals blüht. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die bloße Zufügung und der Besitz von Waffen eine an sich gefähliche und friedlich geartete Bevölkerung nicht zu Räubern und Wörtern umzuwandeln wird, es doch der Feuer geben heißt, sobald einer von Hause aus zucht- und geistlosen Bande Waffen und Schießbedarf, also die vornehmsten Mittel zur Betätigung ihrer gemeingefährlichen Neigungen, von einer europäischen Nation heimlich, also im vollen Bewußtsein der Verwerflichkeit dieser Praxis, zugeführt werden. Was die Konsequenzen dieses gewisslosen englischen Waffenstillstandes nach Marokko sind, haben die wiederholten Vorstöße, denen legitim speziell zwei unserer Landsleute in Marokko zum Opfer fielen, zur Ueberzeugung beigetragen. In der spanischen Deputiertenkammer ist nunmehr die Ergründung energischer Maßnahmen zur Verhinderung des Waffenstillstandes nach Marokko angeregt worden.

Madrid, 13. Mai. Die Gemeindevahlen in den Provinzen geben den Wählerkreisen eine bedeutende Mehrheit. In Cadix drangen die Republikaner in das Wahlzimmer ein und riefen ein Handgemenge hervor, das zu zahlreichen Verhaftungen führte.

### Großbritannien und Irland.

London, 13. Mai. Alle Morgenblätter besprechen die Verwertung der Umsturzvorlage mit Genugthuung. Die „Times“ meinen, das Klischee, was die Regierung thun könne, wäre, die Niederlage mit guter Wiene hinhinnehmen. „Daily News“ billigt die Haltung des Reichstages. Das bestehende Gesetz des Reichstages, das Abänderungen sollte völlig genügen, um allen ausnahmweisen Gefahren, die als Vorwand für die Vorlage dienen, zu begegnen. „Daily Chronicle“ meint, der Kaiser habe jetzt eine schöne Gelegenheit, Caprivi zurückzurufen und freisinnige Reformen einzuführen.

### Bulgarien.

Sofia, 11. Mai. Die macedonische Frage will nicht von der Bildfläche weichen. Im Gegenteil gewinnt es den Anschein, daß sie bald weitere Freise beschäftigen und den Charakter als innerbulgarische Angelegenheit verlieren wird. Hatten schon die macedonischen Meetings im Zirkenthume und die relativ zahme damalige Agitation die Pforte zu Repressivmaßnahmen in Macedonien gereizt, so zeigt sich jetzt, daß trotz der fortreifenden Rede des Fürsten an die Deputation des macedonischen Kongresses weder die macedonische Agitation sich beruhigt, noch die Pforte ihre Repressivmaßnahmen eingeschränkt hat. Die Rede des Fürsten machte zwar, nach beglaubigten Berichten, zunächst in Konstantinopel einen guten Eindruck, aber dieser verflüchtigte sich angesichts der negativen Wirkung, welche sie hier bei den nationalen oder

national sich gebenden Kreisen erzeugte. Da alle diese Elemente zur Opposition gehören, ist es nicht zu verwundern, daß sie in der fürstlichen Antwort kein gutes Wort finden und, der hier eingerissenen Taktik getreu, den Fürsten und seine Regierung auf das rückichtslos angreifen. Derartige kann am Goldenen Dorn nicht unbemerkt bleiben. Die türkische Regierung muß zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die bulgarische Opposition, vielleicht unter fremdem Einflusse handelnd, um jeden Preis eine Kompensation herbeiführen will, durch welche die Regierung zu Falle gebracht werden könnte. Wie immer in solchen Fällen, müssen die am wenigsten Schuldigen, die macedonischen Bulgaren, dafür leiden. Die Türkei erschwert auf alle Art den für Bulgarien so wichtigen Grenzverkehr, verstärkt Truppen und Polizei, verhöhet namentlich Lehrer, wodurch sie ohne weitere Maßregeln die Schließung von Schulen erreicht, und begünstigt sichtbar die griechische und serbische Propaganda zum Schaden der bulgarischen. Mögen auch manche Schauer nachrichten der hiesigen macedonischen Zeitungen übertrieben sein, so fehlt es doch nicht an beglaubigten Informationen darüber, daß momentan die im Vorjare zu Gunsten der macedonischen Bulgaren errungenen Zugeständnisse vorerhand durch die Faltung der türkischen Regierung illusorisch gemacht sind.

Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß an dieser unzureichenden Lage der Sultan gar nicht die Schuld trägt. Als Beweis hierfür wäre Folgendes anzuführen: Vor zwei Monaten etwa meldeten auswärtige, wenn wir nicht irren, englische Blätter, daß der bulgarische Exarch, heuils Verzichtung der herrschenden Aufregung, die Entsendung von fünf weiteren bulgarischen Bischöfen, in Gemäßheit des Fermanes von 1870, angeregt habe. Das entsprach ganz der Wahrheit. Nach längerem Warten wurde der Exarch durch einen Palastfunktionär, der ihn im Auftrage des Sultans besuchte, verständigt, daß der Sultan die Entsendung der Bischöfe für weitere fünf Diözesen genehmige. Als aber der bulgarische Agent Dimitrow auf Grund dieser Mitteilung des geistlichen Oberhauptes der bulgarischen Kirche die nötigen Schritte bei der Pforte unternahm, ließ er auf den Widerstand des Großveziers, der sich stellte, als ob ein kaiserliches Versprechen gar nicht existierte und es thätiglich verhinerte, daß auch nur ein Antrag zu der Durchführung der schließlich durch kaiserlichen Ferman den Bulgaren Macedoniens garantirten religiösen Autonomie gemacht werde. Welche schlimme Folge konnte es nun haben, wenn dieser vollkommen wahrheitsgetreue Sachverhalt zur Kenntnis der hiesigen macedonischen Komitees gelangen sollte? Abgesehen davon, daß derselbe eine eloquente Widerlegung der loyalen Rede des Fürsten bilden würde, welche die Ungebildeten auf das Wohlwollen der türkischen Regierung verwies, könnte das zu Kundgebungen führen, die die Lage in Macedonien nur verschärfen müßten. Man kann sich daher nur fragen, durch welche Beweggründe Digenad Pascha sich bewegen läßt bei seiner, wenigstens scheinbar, mit den Dispositionen des Sultans im Widerspruch stehenden bulgareneindlichen Haltung.

Sofia, 13. Mai. Mehrere höhere bulgarische Offiziere begeben sich in den nächsten Tagen nach Deutschland, um Studien wegen Anschaffung neuer Geschütze zu machen, nachdem der Minister auf Antrag des Kriegsministers einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat.

### Älien.

Nach einer Shanghaier Drahtmeldung des „Hr. Daziel“ beantragte Rußland als Schadloshaltung für die Vorteile, die China von dem Einfluß der Mächte gegen den Friedensvertrag erlangte, die Abtretung des Hafens Agaref an der Mündung von Korea, mit einem Gebietstheile von 200 Meilen am Ufer. China erklärte sich bereit, der Aufforderung zu entsprechen; aber Japan, obwohl damit im Prinzip einverstanden, wollte den Hafen nur mit einem Gebietradius von zehn Meilen abtreten.

Tokio, 13. Mai. Der Friedensvertrag ist heute verhandelt worden, desgleichen ein vom 10. d. M. datirter kaiserlicher Erlass des Inhalts, daß in Befolgung des von Rußland, Deutschland und Frankreich erteilten freundschaftlichen Rathes und zur dauernden Verwahrung des Friedens der Kaiser seiner Regierung den Abschluß eines Sonderabkommens mit China befohlen habe, wodurch die Rückgabe der Halbinsel Lia Tung geregelt werden soll.

### Amerika.

Savanna, via Key West, 13. Mai. Die Zufurten behaupten, daß die Spanier wiederum in einem Kampfe zwischen Armaquay und Sanjaio geschlagen worden seien. Die Rebellen unter dem Kommando von Gomez erlitten einen Verlust von vierhundert Toden, während die Spanier elfhundert Leichen auf dem Schlachtfelde zurückließen.

Die Verlustziffern sind auf beiden Seiten so groß, daß man weitere Befestigungen abwarten muß. Eine solche Niederlage kann man ja in Madrid doch nicht auf die Dauer verheimlichen.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Mai. In der gestern Abend im großen Saale des Konzerthauses abgehaltenen Generalversammlung des Stettiner Grundbesitzer-Vereins erfolgte zuerst die Berichtserstattung über die Hauptpflicht-Gesellschaft. Herr Ruz theilte im Auftrage des Vorstandes mit, daß die Aufforderung an die hiesigen Grundbesitzer, für Stettin eine Hauptpflicht-Gesellschaft ins Leben zu rufen, nicht genügend Unterstützung gefunden habe. Der Vorstand habe sich daher an mehrere auswärtige Versicherungs-Gesellschaften gewandt, von welchen die „Wilhelma“ in Wägeb- die günstigsten Bedingungen gestellt habe, weshalb der Vorstand empfiehlt, sich bei der genannten Gesellschaft zu wenden. Das Komitee der hiesigen Vertretung befindet sich Schützenstraße 43-44, 1. Et. Sodann folgte die Wahl der Delegierten für den diesjährigen Verbandstag in Potsdam. Nachdem Herr Dr. C. a. m. a. n. mitgeteilt, daß Gegenstände von größter Bedeutung für den Grundbesitzer bei der Tagesordnung des Verbandstages ständen, z. B. Stellungnahme zum neuen Preussischen Kommunal-Abgaben-Gesetz und Gründung einer Preussischen Hausbesitzer-Vereinigung, wurde die Besichtigung des Verbandstages einstimmig beschlossen und zu Delegierten die Herren A. C. o. l. a. s. und Dr. C. r. a. s.



sonnliche Getreidearten ruhig oder fast un- veränderte Weizenlagen stetig. Schwimmendes Getreide ruhig, schwimmender Weizen und Gerste fest, stetig, Mais flauer.		
London, 13. Mai. Kupfer, Chili good ordinary brands 44 Ktr. 18 Sh. — d. Zinn (Strait) 68 Ktr. 15 Sh. — d. Zink 4 Ktr. 15 Sh. — d. Blei 9 Ktr. 5 Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warraunt 44 Sh. 5 d.		
Newyork, 13. Mai. Bestand an Weizen 59 623 000 Bushels, do. an Mais 7 981 000 Bushels.		
Newyork, 13. Mai. (Aufangs- = Cours.) Weizen per Juli 68.50. Mais per Juli 55.50.		
Newyork, 13. Mai, Warena 6 Wyr.	13.	11.
Eaunwolle in Newyork . . . . .	6,75	6,75
do. in Neworleans . . . . .	6,25	6,25
Petroleum Rotes . . . . .	nom.	nom.
Standard white in Newyork . . . . .	8,50	8,50
do. in Philadelphia . . . . .	8,45	8,45
Pipe line certificates nom. . . . .	194,00	180,00
Schwäb. Western steam . . . . .	6,92 1/2	6,90
do. Western per Mai . . . . .	6,95	6,90
Zucker Fair refining Mosco- vados . . . . .	3,00	2,87
Weizen: fest.		
Rother Winter-Isoto . . . . .	70,00	68,25
per Mai . . . . .	68,62	67,00
per Juli . . . . .	69,37	67,75
per September . . . . .	69,87	68,12
per Dezember . . . . .	72,00	70,25
Kaffee Rio Br. 7 Isoto . . . . .	16,00	16,00

per Juni . . . . .	14,40	14,30
per August . . . . .	14,65	14,65
Weizen (Spring-Wheat clear) . . . . .	2,65	2,65
Weizen fest, per Mai . . . . .	55,12	54,75
per Juli . . . . .	55,87	55,25
per September . . . . .	56,37	55,75
Kupfer: höchster Preis . . . . .	10,60	10,45
Getreidefracht nach Liverpool . . . . .	1,87	1,75
<b>Chicago, 13. Mai,</b>		
	13.	11.
Weizen fest, per Mai . . . . .	64,37	63,37
do. per Juli . . . . .	65,37	64,25
Weizen fest, per Mai . . . . .	50,60	49,87
Port per Mai . . . . .	12,02 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	11,92 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Spec short clear . . . . .	nom	nom.

**Wollberichte.**  
**London, 13. Mai.** Wollauktion. Preise fest, unverändert.  
**Bradford, 13. Mai.** Wolle fest, Preise unverändert. Garne und Stoffe thätig.

---

**Schiffsnachrichten.**  
**Brest, 13. Mai.** Heute Nacht fand bei der Insel Sein ein Zusammenstoß zwischen zwei englischen Dampfern statt. Der eine „Esmerale“

überaunte die „Maritana“, welche, mit Erz be-  
laden, nach Hamburg gehen wollte. Die „Maritana“  
sank nach einigen Minut-n. Von 19 Mann der  
Besatzung fehlten 11 Mann.

**Telegraphische Depeschen.**

**Frankfurt a. M., 14. Mai.** Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Belgrad gemeldet: Die Ernennung des Steuer-Directors im Finanzministerium Dr. Popowicz zum Finanzminister steht unmittelbar bevor.

**Wien, 14. Mai.** Nachdem zu befestigen, daß der Antismienführer Dr. Lueger heute zum Vizebürgermeister gewählt werden wird, hat der Vizebürgermeister Dr. Gräßl in dem fortschrittlichen Verband des Gemeinderaths die Erklärung abgegeben, daß er sein Amt niederlegen wolle, da er ohne sichere Majorität dasselbe nicht mehr verwalten könne. Die gleiche Erklärung hat auch der erste und zweite Vizebürgermeister abgegeben.

**Währ.-Osterr., 14. Mai.** Die Werksbesitzer verständigen die Arbeiterkraft, daß ihre Forderungen betreffend achtundfünfzig Arbeitslohn abgelehnt seien. Man befürchtet einen partiellen Streik.

**Wetz, 14. Mai.** Die Situation ist eine an

dauernd wüthete. Noch immer hofft man auf eine Allerhöchste Kundgebung, die dem Kabinett die Fülle kommen werde; dieselbe ist jedoch noch nicht angesetzt. Der Minister Djofia, welcher gestern beim Kaiser eine Audienz hatte und mit Kelnofski konferirt haben soll, ist heute früh hier eingetroffen. Man ist auf dessen Erklärungen, die abgegeben wird, höchst gespannt.

**Lemberg, 14. Mat.** Zwischen hiesigen und von der Bahndverwaltung engagirten 500 mährischen Bahnarbeitern kam es bei der Station Retawo zu jähem Kampf, der mehrere Stunden dauerte und erst durch ein flackerndes Gendarmereiaufgebot unterbrocht werden konnte.

**Paris, 14. Mai.** Der Budget-Entwurf von 1896 weist ein Defizit von 55 Millionen auf. Die Mehrausgaben sind besonders durch militärische Zwecke veranlaßt. Die Preussensärkte der Armee soll auf 540 000 Mann erhöht werden, wozu eine Mehrforderung von 10 Millionen bedingt. 2½ Millionen sind für die Vermehrung des Nordseeflotten ausbezogen. Außerdem wird ein Gesetzentwurf zur Vermehrung der Flotte vorbereitet, der den Parlamenten als Spezialbudget zugehen soll. Zur Deckung des Defizits entwarf das Budget neue Steuern und zwar auf Viehsteuern, sowie auf Wagen und Pferde.

Paris, 14. Mai. Der König der Franzosen ist gestern zusammengetreten. Seine Gemahlin waren durch Deputirte vertreten.  
Paris, 14. Mai. Aus Rom wird uns „Temps“ gemeldet, daß Kardinal Hohenlohe noch Como abgereist sei, wohin der Papst ihn zu Strafe auf einen Monat gesandt habe. Ein Kardinal hat sich diesem unterworfen. Das Wahrscheinlichste ist, daß Kardinal Hohenlohe zu Gunsten des Sohnes des Miniſters Dacelli wird, inſeſſen in der Villa des Kardinals Hohenlohe ſtattfinden.  
Rom, 14. Mai. Das Gerücht, Leo XIII. habe ſich trotz der Rathsſchlüſſe der Kardinäle zu Gunſten der franzöſiſchen Regierung in Sad-

der Dreifachsteuer ausgesprochen, wird augen-  
blicklich, da die Papierteuer sich jetzt die gro-  
ße Zurechnung anferlegt habe.

**Madrid, 14. Mai.** Die gefamte Presse  
Madrids Oppositio protelirt heftig gegen  
Wahlbeeinflussungen, welche die Regierung, be-  
sonders in der Hauptstadt, veranlaßt hat. Das  
Folgt der Wahlen, behaupten die Blätter, sei  
diese Weise vollständig gefälscht worden.

Belgrad, 14. Mai. „Die Zeit“ bringt einen pessimistischen Artikel über die Finanzlage Serbiens.

Rio de Janeiro, 14. Mai. Brasilien kündigt offiziell die Beziehungen der italienischen Erbschaftsprüfung an. Das diesbezügliche Protokoll wird heute unterzeichnet.